

Landtagswahl 2022:

Kandidatin der LINKEN im Wahlbezirk 14 ist Peggy Plettner-Voigt



Peggy Plettner-Voigt wurde auf der Kreismitgliederversammlung am 4. Mai 2022 als Landtagskandidatin für den Wahlbezirk 14 gewählt.

Sie ist 53 Jahre alt, berufstätig, verheiratet, hat drei Kinder und ist seit zwei Jahren Mitglied der

LINKEN Goslar. Sie ist direkt in die aktive Mitarbeit, u.a. im Kreisvorstand eingestiegen. Seit der letzten Kommunalwahl vertritt sie DIE LINKE. im Kreistag. Ganz namenlos war Peggy vorher nicht, denn seit Jahren ist sie in Elternvertretungen sehr aktiv. Durch ihre Arbeit im Landeselternrat verfügt sie über Erfahrungen mit der Arbeit von Landesregierung und Landtag und ist sehr gut vernetzt.

Hier Auszüge aus Ihrer Vorstellungsrede.

„Es braucht unbedingt eine LINKE im Landtag, als Opposition, für neue Denkweisen, Offenheit, Weitblick, Entscheidungen, für längst fällige Veränderungen und vor allem für Mut.

In Niedersachsen und für unsere Region braucht es veränderte Denkweisen im Tourismus, weg vom touristischen Mainstream à la Walt Disney und brutalen Veränderungen unserer Landschafts- und Naturschutzgebiete. Immer mehr Menschen haben den Wunsch nach intensiven Naturerlebnissen in weitgehend unberührten Landschaften.

Für Niedersachsen und die Region braucht es Offenheit, im Umgang mit der chronischen Unterfinanzierung unserer Krankenhäuser und im Nachweis dafür, dass keine Notwendigkeit besteht, 40 Krankenhäuser im Land zu schließen.

Weiter braucht es Weitblick für den Ausbau erneuerbarer Energien. Dazu müssen Windenergieflächen optimiert und nicht Landschaftsschutzgebiete unwiederbringlich zerstört werden. Die im Harz vorhandene Was-

serkraft kann günstigen und gleichmäßigen Strom produzieren, sie muss als erneuerbare Energieressource neu gedacht werden.

Für Niedersachsen und die Region braucht es jetzt konsequente Veränderungen des Öffentlichen Nahverkehrs, dazu bedarf es einer Reformation der Kostenübernahme, wie von uns LINKEN seit Jahren gefordert. Was nutzt ein 9-Euro-Ticket, wenn kein Bus fährt.

Ein wichtiger Schritt, das kostenlose Schüler- und Azubiticket, übrigens festgehalten und nicht umgesetzt im niedersächsischen Koalitionsvertrag von SPD und CDU. Dieser Vertrag ist eine Heuchelei, wenn man bedenkt wie viel umgesetzt wurde. Elternvertretungen kämpfen um eine solide, vernünftig ausgestattete Bildungslandschaft in Niedersachsen.

Für Niedersachsen braucht es sofortige Veränderungen, um die jahrelangen strukturellen Probleme in Bildung und Wissenschaft zu beheben. Der Wissenschaftsstandort ist unterfinanziert, so kommt Niedersachsen nicht nach vorn. Das neue Hochschulgesetz eine Farce, das Land hat sich aus seinen hoheitlichen Aufgaben zurückgezogen und die Demokratie an Hochschulen und die Mitwirkung der Studierenden wurden stark eingeschränkt.

In Niedersachsen gibt es ein marodes, personell unterbesetztes und vor allem mangelverwaltetes Schulsystem, in welches in den letzten 5 Jahren viel zu wenig investiert wurde. Personalmangel, baufällige Schulgebäude, desaströse Unterrichtsversorgung und bürokratische Hürden bei der Vergabe von Fördermitteln führten zu einem abgewirtschafteten Bildungssystem.

Und klar, für all das brauchen wir Mut, den Mut Geld in die Hand zu nehmen. Ich denke da als LINKE mal ganz unternehmerisch: DENN Unternehmer entscheiden bei einer Investition ganz klar zwischen Aufwand und Ertrag. In diesem Sinne starten wir gemeinsam einen Wahlkampf für ein leistungsfähiges, lebenswertes, Soziales und mutiges Niedersachsen und eine starke Region!"

9. Oktober
2022
Landtags-
wahlen

(Redaktion)

Große Koalition im Goslarer Rat verhindert Sozialticket

Mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und AfD ist der Antrag unserer Ratsfraktion abgelehnt worden, ein Sozialticket im Busverkehr der Stadt Goslar einzuführen. Mit Rüdiger Wohltmann und Michael Ohse stimmte die Grüne Partei 42 (5), Henning Wehrmann (Bürgerliste) und Niklas Prause (parteilos). Maik Jankowski (CDU) enthielt sich.

Derzeit kostet eine Monatskarte im Goslarer Stadtbusverkehr über 70 Euro, ausgeweitet auf den Landkreis bzw. andere Tarifzonen zwischen 90 und 155 Euro. Das können sich Menschen, die Arbeitslosengeld II oder Sozialleistungen beziehen, nicht erlauben. Sie verzichten stattdessen auf Mobilität, was gesellschaftliche Teilhabe fast unmöglich mache. Ein Sozialticket für einen Betrag zwischen 15 und 25 Euro würde diese Situation deutlich verbessern.

DIE LINKE erhebt die Forderungen nach Sozialticket und Sozialpass seit Gründung der Goslarer LINKE in 2006 – und zwar sowohl im Rat der Stadt Goslar als auch im Kreistag. In seiner Rede im Rat am 28. Juni war Rüdiger Wohltmann nur noch genervt vom mehr als 10 Jahre langen Verträgen und wollte Ausflüchte und Verschiebungen nicht mehr gelten lassen. Warum gibt es Modellversuche in der Stadt Salzgitter und im Landkreis Wolfenbüttel? In Braunschweig und Wolfsburg gibt es das Sozialticket bereits länger. „Wer mit Finanzen argumentiert, argumentiert falsch.“ Mit der ersten Ablehnung unseres Antrags im Kreistag wurde noch mit einer jährlichen Ausgleichssumme von 3,1 Mill. Euro argumentiert, bei der letzten Bewertung im Jahr 2019 wurden dann noch 1,3 Mill. Euro errechnet, die an den Verkehrsverbund zu zahlen wären, um Einnahmeverluste auszugleichen.

Die Stadt Salzgitter hatte im Vor-Corona-Jahr 2019 einen

Aufwand von 336.000 Euro für aufstockende Ausgleichszahlungen. In ihrem „Sachstandsbericht zum Projekt Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Salzgitter“ vom 31.8.2020 zieht die Verwaltung folgendes Fazit: „Das Sozialticket ist in 2019 durch die Leistungsberechtigten angenommen worden, die Nutzerzahlen liegen jedoch mit rd. 7% unter der vor der Einführung kalkulierten Annahme von 15%. Im wirtschaftlichen Sinne stellt sich die Einführung des Sozialtickets (...) grundsätzlich neutral dar. (...) Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung dem Rat eine auf fünf Jahre befristete Fortführung des Modellprojektes vorschlagen mit dem Ziel der dauerhaften Einführung bei Bestätigung der Erkenntnisse aus 2019.“

Musste lange Zeit das Geld als Vorwand erhalten, ist es inzwischen mal eine Lösung im Braunschweiger Regionalverband. Rüdiger Wohltmann entlarvte auch diese Geschichte als Ausflucht und „ein unerlaubtes auf Zeit spielen“. Bis 2023 sollen im Regionalverband Vorschläge zur Veränderung der Tarifstruktur mit besonderem Blick für das Erreichen von Klimazielen vorgelegt werden, aber es ist keinerlei Rede von der Einführung eines Sozialtickets. Und wenn man auf den Regionalverband wartet, kommt frühestens 2025 eine Lösung.

Im Moment sind alle vom Neun-Euro-Ticket begeistert. Wenn es nicht zu einer Fortführung ab September kommt, würden nach der Ablehnung des Sozialtickets Menschen, die sich das Auto nicht leisten können, weiterhin von sozialer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen.

(Michael Ohse)

Vor und zurück

Spätestens seit den öffentlichen Forderungen von Fridays for Future (FFF) hat der Klimaschutz in Goslar Vorrang. Zumindest wenn man die Aktionen von FFF medienwirksam unterstützen kann.

In der realen Ratspolitik sieht das dann leider wieder etwas anders aus. Noch immer werden die Beschlussvorlagen des Rates bei den ‚Auswirkungen für die Umwelt‘ mit ein paar Kreuzchen nach ‚positiv/ohne/negativ‘ bewertet. Eine tiefere Betrachtung – wie von unserer Fraktion gefordert – bleibt weitgehend aus. So gibt es dann auch Verwaltungsvorlagen, die schon dann überholt sind, wenn sich die Fraktionen gerade erst eine Meinung gebildet haben.

Beispiel: Entlassung aus dem Landschaftsschutz.

In Hahnenklee sollen für einen Lebensmittelmarkt und für eine ‚Indoor-Sporthalle‘ (Bouldern – Klettern) Flächen aus dem Landschaftsschutz genommen werden.

Zur Erinnerung: Das Schwimmbad im Kurhaus sucht seit

ca. 15 Jahren nach einer ‚schnellen‘ Nachnutzung. So wurde es seinerzeit von der Ratsmehrheit aus SPD und FDP den Hahnenkleern versprochen.

Nun wieder eine neue Halle?

Nun ja, irgendwie verschwand die Halle ebenso schnell wieder aus der Beschlussvorlage und nur der der Einkaufsmarkt bedurfte einer Fläche aus dem Landschaftsschutz.

Aber auch hier waren alle Vorberatungen in den Fraktionen überflüssig. Noch vor der Beschlussfassung wurde der Lebensmittelmarkt um 90 Grad gedreht – die geschützte Landschaft musste nicht angegriffen werden. Warum aber nicht gleich so?



Beim Bocksberg-Rummelplatz ein ähnliches Szenario. Für eine zweite Sommer-Rodelbahn sollten Flächen aus dem Landschaftsschutz genommen werden. Die Sitzungsvorlage stand zur Entscheidung an, und richtig, auch hier war keine Entscheidung mehr erforderlich. Ein nicht genehmigter Pumptrack im Bike-Park (also für Fahrräder) musste zurückgebaut werden, Platz war nun vorhanden, die Landschaft ‚gerettet‘.

Inhaltsschwerer wird es beim Bau der neuen Veranstaltungshalle an der Kaiserpfalz.

Die geplante Tiefgarage wird nun halbiert. Konkrete Alternativen für den Tourismus- und Verkehrsverkehr bleibt die Verwaltung schuldig. Die Ratsmehrheit aus SPD, CDU und FDP beschließen die ‚Unvollendete‘. Die Auswirkungen für Klima, Verkehr, Anwohner*innen und städtische Finanzen bleiben unerklärt und ungeklärt.

Und was sagen die städtischen Workshops? Im verkehrspolitischen Workshop bestand große Einigkeit, dass insbesondere der motorisierte Individualverkehr aus der Innenstadt verdrängt werden soll, beim Innenstadtmangement galt eher das ‚offene Tor zur Innenstadt‘, also das Gegenteil. Vor und zurück.

Die Diskussionsrunden zum Forderungskatalog von und mit FFF kommen leider nicht richtig vom Fleck. Die Termine sind rar gesetzt, werden nicht ergebnisorientiert durchgeführt und können so das ‚Vor und Zurück‘ nicht beeinflussen.

Was bleibt: Eine Stadt, die nicht weiß, was sie will.

Keine klaren Ziele, jede Entscheidung wird separiert betrachtet und getroffen.

Goslar – ein Puzzle aus 1100 Teilen, die nicht zueinander passen.

(Rüdiger Wohltmann)

Mehrheit entlasten – Preise deckeln – Profite besteuern

Lebensmittel, Heizen und Benzin werden immer teurer, gleichzeitig explodieren die Profite. Die Regierung sagt, es liegt am Ukraine-Krieg. Aber Aral, Shell und Co. haben ihre Gewinne fast verdreifacht. Der »Tankrabatt« der Regierung führt nicht zu niedrigen Preisen, weil es keine Preisaufsicht gibt. Das Geld geht als Zusatzgewinn an die Konzerne.



Bei den Direktzahlungen des »Entlastungspakets« der Regierung bekommen alle mit Einkommen 300 Euro – auch Vielverdiener. Wer Hartz IV bezieht und in Armut lebt, bekommt einmalig 100 Euro. Rentner*innen und Studierende bekommen nichts. Gerecht geht anders!

Eine gerechte Entlastung heißt, dass niemand im Dunkeln sitzt oder frieren

muss, niemand zwischen Essen und Heizen entscheiden muss. Gesunde Lebensmittel müssen für alle erschwinglich und Ziele für alle auch ohne Auto erreichbar sein.

Wir fordern:

Für alle, die es brauchen, ein **soziales Klimageld** von 1.500 Euro im Jahr für das erste und 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied. Für eine Familie mit zwei Kindern wären das 3.300 Euro im Jahr oder 275 Euro im Monat. Sowie eine Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro pro Monat.

- **Das 9-Euro-Ticket dauerhaft anbieten**, den Nahverkehr ausbauen und schrittweise kostenfrei machen. Das hilft dem Klima, macht alle mobil und entlastet von hohen Energiepreisen.

- **Die Löhne müssen steigen!** An den Börsen haben die großen Unternehmen Spitzenabschlüsse gemacht. Statt in Dividenden muss das Geld in gute Löhne gehen.

Extragewinne besteuern und große Vermögen beteiligen

Zusatzgewinne der Konzerne in der Krise müssen besteuert werden, Italien und Griechenland machen es vor. Mit den Einnahmen können weitere Entlastungen finanziert werden.

Wer enormen Reichtum (Nettovermögen ab 2 Millionen Euro) besitzt, muss über eine einmalige Vermögensabgabe an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt werden, wie es das auch nach dem Zweiten Weltkrieg gab.

Energiepreise und Mieten deckeln

Die Preise für Strom und Gas öffentlich regeln! Die staatliche Preisaufsicht wieder einführen und Preisabsprachen zwischen den Konzernen hart bestrafen.

- **Alle Haushalte brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas**, nur darüber hinausgehender Verbrauch darf teurer werden. So wird Energiesparen belohnt.

- **Die Pendlerpauschale ist ungerecht: Wer wenig verdient, hat keine Vorteile.** Es braucht ein Mobilitätsgeld für alle Pendler*innen, egal ob für Auto oder Bahn und auch für niedrige Einkommen.

- Bezahlbare Miete statt fette Rendite!

Viele Immobilienkonzerne erhöhen die Mieten »wegen der Inflation« – schützen aber nur die Dividenden ihrer Aktionäre. Die Bundesregierung muss bundesweit einen Mietendeckel ermöglichen.

Gratulation an Martin Schirdewan



Hans-Georg Ruhe, Aktivist bei Pulse of Europe Goslar, schrieb anlässlich der Neuwahl der Vorsitzenden der Partei Die Linke nachfolgendes an Martin Schirdewan:

Lieber Herr Schirdewan,
Sie waren vor einigen Monaten zu Gast in Goslar und auf den Goslarschen Höfen. In dieser Zeit, Sie erinnern sich bestimmt, haben Sie auch ein Gespräch mit der Goslarer Gruppe von Pulse of Europe geführt. Dieses Gespräch war für uns sehr interessant und wir haben viele Positionen miteinander geteilt.

Jetzt sind Sie zum neuen Vorsitzenden der "Linken" gewählt worden.

Wir gratulieren Ihnen herzlich und wünschen Ihnen für Ihre neue Aufgabe viel Gutes. Sie wissen, dass Pulse of



Europe überparteilich arbeitet. Dennoch freuen wir uns über Ihre Wahl. Es kann Ihrer Partei und der gesamten Parteienlandschaft nur gut tun, wenn ein so profilierter (und sympathischer) Europa-Politiker auf diese Weise Verantwortung übernimmt.

Wir wünschen uns, dass Ihr europapolitisches Engagement gerade in diesen Monaten nicht abnimmt und dass Sie ausreichend Kraft für Ihre Aufgaben haben. Herzliche Grüße aus Goslar

(Hans Georg Ruhe für Pulse of Europe Goslar)

Mehr Infos zu Pulse of Europe unter www.poegoslar.de

Keine Aufrüstung ins Grundgesetz!

Die Bundesregierung will Anfang April 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr bereitstellen. Dieses Sondervermögen wird im Grundgesetz festgeschrieben. Es kann dann nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit des Parlaments verändert werden – also voraussichtlich nie mehr. Mit 100 Milliarden Euro könnten:

- 10 Jahre lang 200 000 zusätzliche Erzieher*innen finanziert werden oder
- der ÖPNV bis zur kommenden Bundestagswahl flächendeckend ausgebaut und kostenfrei werden oder
- der Hunger auf der Welt für mindestens 8 Jahre abgeschafft werden.

Die Ausgaben für Rüstung sind in den vergangenen Jahren verdoppelt worden. SPD und Grüne hatten vor der Wahl versprochen, dass sie die Aufrüstung nicht auf 2 Prozent des BIP anheben würden. Das Versprechen brechen sie jetzt! Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig, DIE LINKE verurteilt ihn. Die Aufrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht und hat nichts mit dem Krieg zu tun. Hier wird die Gunst der Stunde und die Empörung der Bevölkerung für die Profiteure der Rüstungsindustrie ausgenutzt! Mit der Verankerung im Grundgesetz soll sichergestellt werden,

dass die Entscheidung nicht mehr verändert werden kann – eine Schande für die Demokratie. Wir rufen alle Mitglieder, Kreisverbände und alle, die sich für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit stark machen, zu Protesten auf. Zeigt euch, seid laut, lasst euch nicht überrumpeln.

- Keine Aufrüstung ins Grundgesetz!
- 100 Mrd. Euro für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und weltweite Entwicklung!



Wir teilen gerne - Bürger*innenfrühstück „Lange Bank“



Mal dabei, gemeinsam mit hunderten von anderen Einwohner*innen Goslars. Die Erlöse aus den Gebühren für

Zum 11. Mal luden Bürgerstiftung und Freiwilligenagentur am 19. Juni 2022 in Goslar zur sogenannten „Lange Bank“, einem Frühstück auf dem Marktplatz ein. Wir waren das erste

die Tische fließen in Projekte der Kinder- und Jugendarbeit.

Herrliches Wetter, super Stimmung, tolles Bühnenprogramm, den schönsten Tisch sowie gute Gespräche mit Peggy.

Themen waren vor allem die Bildung, egal ob Schule, KITA oder Hort auf Landesebene und natürlich die Mobilität auf dem Land. Viele wünschen sich das 9-€-Ticket auch nach August 2022.

Das Prinzip beim Frühstück: Alle bringen etwas mit und teilen es mit den den Tischnachbar*innen und anderen. Wir teilten auch mit der CDU. :-)

Dank an alle, die vorbeigekommen sind.

(Petra Stolzenburg)

Die Linksjugend in Goslar fasst wieder Fuß

Mehr junge Menschen finden wieder Interesse an Politik, so auch in Goslar in Form der Linksjugend. Wir sind mittlerweile sechs Stammmitglieder, die sich jeden zweiten Sonntag im Büro der Linken treffen.

Dort diskutieren wir und genießen das Zusammensein. Meistens gibt es auch was zu Essen. Großes Thema ist da eigentlich immer der kostenfreie Nahverkehr, der für Schüler auch immer sehr Interessant ist und jeder kann gerne immer andere Themen einbringen. Für die Zukunft haben wir noch ein gemeinsames Kochen geplant und einen Filmeabend mit dem Schwerpunkt Politische Bildung. Wo uns der besonders der Film „Und morgen die ganze Welt“ ins Auge gefallen ist, da es ein aktueller und auch spannender Film ist. Als nächstes auf unserer To-Do-Liste steht, dass wir uns etwas Theorie vornehmen, wo wir uns Klassiker wie „Staat und Revolution“ aber auch neue und einfacher Bücher vornehmen möchten. Der letzte Punkt, den wir in der Zukunft umsetzen möchten ist, dass wir mal wieder ein „Trinken mit den Linken“ veranstalten möchten, da es eigentlich immer ziemlich gut ankommt. Zu politischen Ereignissen zeigen wir auch Präsenz, wie zum Beispiel am 1. Mai waren wir auch mit dabei und trugen das Banner mit der Aufschrift „Her mit dem schönen Leben“ und in Zukunft möchten wir an solchen Tagen noch aktiver sein.

Auf nach Berlin.

Ein Highlight der letzten Wochen war die Berlinfahrt, die uns von der Bundestagsfraktion der Linkspartei angeboten wurden ist. Knapp die Hälfte waren mitgekommen und haben die Fahrt auch sehr positiv bewertet. Wir waren da zwar die jüngsten, haben uns allerdings keinesfalls Fehl am Platz gefühlt. Die Fahrt sah wie folgt aus, wir waren im Bundestag auf Fraktionsebene und haben uns mit dem Abgeordneten Herrn Victor Perli getroffen, wo wir eine offene Diskussion über viele verschiedene Themen hatten. Am nächsten Tag waren wir dann auch im Abgeordnetenhaus und hatten dort wieder eine offene

Diskussion mit Niklas Schenker. Danach waren wir in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und hatten einen sehr informativen Vortrag von Herrn Christoph Trautvetter mit dem Titel „Wem gehört die Stadt?“ wo der Schwerpunkt Mieten war. Als letzter Programmpunkt war eine Führung durch Kreuzberg mit dem Thema Hausbesetzung.

Was wirklich besonders war, da unser Guide damals mitten im Geschehen war und deswegen uns Einblicke geben konnte, die man so nicht bekommen hätte.

Abends saßen wir mit

den Genossen zusammen, die dann von ihrer Jugend erzählten und was sie damals so Politisches gemacht haben. Am letzten Tag haben wir dann noch im Karl-Liebknecht-Haus ein Recap gemacht und man merkte, dass nicht nur ich, sondern alle, knapp 30 Genossen, die Fahrt nicht nur sehr informativ auch spaßig fanden. Am Ende kostet die gesamte Fahrt nur 15 Euro und selbst die hätte man sich zurückerstatten lassen können. Im Ganzen war es ein super Erlebnis und definitiv nicht die letzte Fahrt.

Zum Abschluss können wir sagen, dass es auf jeden Fall voran geht, wir allerdings noch sehr frisch im politischen Feld sind, aber wir der Zukunft zugewandt sind.

(Ulf Bettner)



Linksjugend Goslar mit dem Abgeordneten Victor Perli (Mitte)

Kuba setzt verstärkt auf Solarenergie

Die kubanische Regierung will noch stärker als bislang auf die Förderung erneuerbarer Energien setzen. Dies war Thema auf der Zweiten Internationalen Messe für erneuerbare Energien, die im Juni Woche unter dem Vorsitz des stellvertretenden Premierministers Ramiro Valdés Menéndez und des Ministers für Energie und Bergbau, Liván Arronte Cruz, in der Hauptstadt stattfand.

Der Tenor in Vorträgen und in der Diskussion war, dass die Nutzung der Solarenergie essentiell für den Energiesektor in Kuba sei. Zugleich müsse die Energieeffizienz gesteigert und die nationale Industrie gezielt gefördert werden, um souveräne Technologien zu entwickeln und anzuwenden sowie Importe zu vermeiden.



Staatspräsident der Republik Kuba Miguel Díaz-Canel auf der Messe (zweiter von links) Quelle: Presidencia y Gobierno de Cuba

Rosell Guerra Campaña, Direktor für erneuerbare Energien im Ministerium für Energie und Bergbau (Minem) machte hierzu genauere Angaben. Er erläuterte, dass 238 Megawatt (MW) in Photovoltaik-Solarparks installiert seien, die den Jahresverbrauch von etwa 200.000 kubanischen Haushalten produzieren. Die gesetzten Ziele sehen

jedoch Installationen dieser Energiequelle für schätzungsweise 13.000 MW vor.

Für die Ausweitung fand eine Erhebung über die Nutzung von Dächern speziell von Regierungs- und Geschäftsgebäuden statt. Eine weitere wichtige Option sei die Installation von Photovoltaikanlagen auf Wohnhäusern, was bereits bei 16.000 Haushalten geschehen sei. Campaña verwies auf das Potenzial dieser Maßnahme wie auch auf die künftige Nutzung von photovoltaischer Solarenergie für Wasserpumpen, landwirtschaftliche Bewässerung und Viehzucht. In diesen Bereichen, die zu den größten Stromverbrauchern des Landes gehören, wird derzeit Energie noch aus fossilen Brennstoffen gewonnen.

Campaña informierte auch über Fortschritte bei der Nutzung der Windenergie, einschließlich der 13 Windparks, die im Nordosten Kubas gelegen sind und eine Kapazität von etwa 800 MW erreichen sollen.

Das Forum befasste sich außerdem mit der EU-Energiepolitik. Kubas Minister für Energie und Bergbau Arronte Cruz und der französische Botschafter in Kuba, Patrice Paoli, unterzeichneten eine Absichtserklärung zur beschleunigten Entwicklung der erneuerbaren Energien auf der Insel. Minister Arronte bekräftigte "die ausgezeichneten Beziehungen zwischen der französischen Entwicklungsagentur und Kuba im Energiesektor" und betonte, dass ein Projekt zur Installation von neun Solarparks mit einer Gesamtkapazität von 50 MW ein Höhepunkt der Zusammenarbeit sei.

(Edgar Göll, amerika21)

Über 500 Menschen demonstrieren für eine Aufgabe des alten und gefährlichen Atommüllprojektes

Am 20. Jahrestag der Genehmigung für Schacht KONRAD machten sich am 22.5.2022 500 Menschen von 20 verschiedenen Startpunkten in einer Sternfahrt auf zu einer Umzingelung von Schacht KONRAD in Salzgitter. „Seit 40 Jahren kämpfen wir gegen die Lagerung von Atommüll in Schacht KONRAD. Vor 20 Jahren wurde die Genehmigung erteilt. Trotzdem ist das Endlager immer noch nicht in Betrieb und wir werden verhindern, dass es jemals in Betrieb geht,“ erklärt Ludwig Wasmus, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD.

Es gibt keine sicheren Endlager in Deutschland. Allen Plänen, den Ausstieg aus der Nutzung von Kernenergie muss auch deshalb Widerstand entgegengesetzt werden.

Zitat von Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU):

„Unser Fazit – vor 40 Jahren wie auch heute hier am Schacht Konrad – lautet:

Schacht Konrad ist für die dauerhafte sichere Lagerung radioaktiver Abfälle gänzlich ungeeignet!“



Bericht vom Bundesparteitag

Unser Bundesparteitag an dem ich als Delegierte persönlich teilnehmen konnte, fand in diesem Jahr vom 24.06. bis 26.06.2022 in Erfurt statt.

Es gab viele Redner und Gastredner, den Auftakt des Parteitages machte unsere Parteivorsitzende Janine Wissler, ihre Ansprache begeisterte die Delegierten. Inhaltlich gute Reden waren für mich auch die von Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und vor allem Gerhard Trabert. Trabert, der einen Blick von außen auf Die LINKE hat, mahnte zum Zusammenhalt und brachte vor allem zum Ausdruck, wie **wichtig DIE LINKE in und für unsere Gesellschaft ist.**

Zu Parteivorsitzenden wurden Janine Wissler und Martin Schirdewan gewählt.

Aus Niedersachsen wurde nur Daphne Weber in den Parteivorstand, der vorher auf 26 Mitglieder verkleinert wurde, gewählt.

Für mich wichtige Sachlagen zu denen es klare Entscheidungen gab:

1. Solidarität mit der Ukrainern und den mutigen Kriegsgegnern in Russland. Der Parteitag formulierte ganz klar, dass der Krieg Putins durch nichts zu rechtfertigen ist. Bei allen Kriegen der Welt, wie etwa vom Nato Partner Türkei gegen die Kurden, steht DIE LINKE auf der Seite der Angegriffenen und solidarisch mit allen Geflüchteten, egal welche Hautfarbe, Nationalität oder Religion. DIE



LINKE Partei bleibt klar auf ihrem Friedenskurs, der Milliardenaufrüstung von Ampel Koalition und CDU/CSU werden wir erbitterten Widerstand entgegensetzen.

2. DIE LINKE stellt nach wie vor die Beschäftigten ins Zentrum! So dürfen die absolut notwendigen Investitionen für den ökologischen Umbau der Wirtschaft und die Verkehrswende nicht auf dem Rücken der Menschen abgewälzt werden. Weg mit der Schuldenbremse, her mit der Vermögenssteuer, her mit den Jobgarantien, her mit den Arbeitszeitverkürzungen und weg von der Rente mit 70 und prekären Beschäftigungsverhältnissen sind klare Forderungen des Parteitages.

3. Der neue Vorstand muss schnell in einen Arbeitsmodus finden. Zum Herbst hin werden in Deutschland harte Verteilungskämpfe beginnen, da muss DIE LINKE ganz fest an der Seite der Menschen, der Gewerkschaften und ihren sozialen Kämpfen stehen.

(Peggy Plettner-Voigt)



Termine

Freitag, 22. Juli 2022, 14.00 Uhr, bis Sonntag, 24. Juli 2022, Begegnungsstätte Oker, Talstraße 3: Stadtteilfest Oker

Samstag, 20. August 2022, 17.00 Uhr, Büro DIE LINKE, Okerstraße 32: Sommerfest mit RoadHaus, Landtagskandidatin Peggy Plettner-Voigt und MdB Victor Perli

Dienstag, 30. August 2022, 19.00 Uhr, Lindenhof: Die Industriegewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt (IG BAU) lädt ein: Podiumsdiskussion u.a. mit unserer Landtagskandidatin Peggy Plettner-Voigt

Freitag, 2. bis Sonntag, 4. September 2022, Marktplatz Kramerswinkel: Stadtteilfest Jürgenohl: Am Samstag, 3.9.22 von 11.00 - 17.00 Uhr nimmt die LINKE mit Torwandschießen und einem Infostand teil.

Samstag, 3. September 2022: Teilnahme am CSD Freitag, 23. September 2022, 18.30 Uhr, Hofcafé, neben dem Büro der LINKEN: Bildungsgipfel mit Peggy Plettner-Voigt und Maren Kaminski (GEW Hannover)

Sonntag, 09. Oktober 2022, 18.00-20.00 Uhr, Büro die LINKE: Landtagswahl Niedersachsen - Wahlparty



**Landtagswahlen 2022:
Wir brauchen deine Hilfe!**

Möchtest du Flyer verteilen, Plakate aufhängen oder auch Infostände unterstützen? Melde dich bei unserem Wahlkampfteam: **DIE LINKE Goslar, Okerstraße 32, Goslar**
Tel.: (0 53 21) 39 79 99
die-linke-goslar@t-online.de

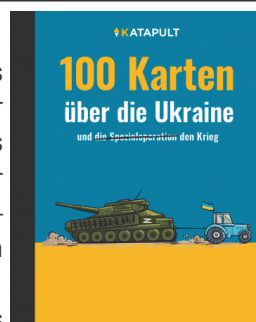
Lesetipp

100 Karten über die Ukraine

Wusstet ihr, dass das geografische Zentrum Europas in der Ukraine liegt? Wusstet ihr, dass es in der Ukraine anderthalbmal so viele Bibliotheken gibt wie in Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammen? Wusstet ihr, dass die Hälfte aller Sonnenblumenkerne und deren Öl aus der Ukraine kommt? Dass die Anbaufläche dafür so groß ist wie ganz Litauen? Dass es in der Ukraine fast so viele Traktoren gibt, wie Menschen in Duisburg leben? Dass sich die tiefste U-Bahnstation der Welt in der Ukraine befindet? Dass nur drei Länder besser beim Eurovision Song Contest sind? Dass die Menschen dort zweimal im Jahr Weihnachten feiern?

Der neue KATAPULT-Atlas zeigt, was im Moment in der Ukraine passiert, genauso wie das, was dort gerade zerstört wird. KATAPULT gibt dieses Buch in vier Sprachen heraus. Es erscheint auf Deutsch, Ukrainisch und Englisch. Und selbstverständlich auch auf Russisch. KATAPULT, gegründet 2015 in Rostock, gibt vier Mal jährlich ein Magazin heraus. Das Team baut aus den Statistiken und Studien der Sozialwissenschaften vereinfachte und detaillierte Grafiken. Die Artikel werden von Wissenschaftlern oder eigenen Redakteuren verfasst. KATAPULT ist unabhängig und empfiehlt: Kauft in euren örtlichen Buchhandlungen, bestellt nicht bei Amazon!

Katapult Verlag, 2. Auflage in Vorbereitung, ISBN: 978-3-948923-41-9, 192 Seiten, Hardcover, 26 €



Impressum

DIE LINKE. Kreisverband Goslar, Okerstraße 32, Goslar
Tel.: (0 53 21) 39 79 99, Fax: (0 53 21) 39 79 95
www.die-linke-goslar.de
E-Mail: die-linke-goslar@t-online.de

Redaktionell verantwortlich:

Petra Stolzenburg

Spendenkonto: Sparkasse Hildesheim-Goslar-Peine

BIC: NOLADE21HIK

IBAN: DE11 2595 0130 0006 4710 72

